

Die „Zeitung“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und festlichen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung im Haus für Preuß.-Berlin 1.50 M. für sechs Monate, bei Postweg monatlich 1.50 M. evtl. Zustellungsgebühren, bei Zustellung unter Straßennr. 2.75 M. (Postfach und Ostpreußen) für das übrige Kaiserland 1.50 M. zuzüglich Postzuschlag.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895 und 2896.

Die achtspaltige Werpausgabe oder deren Raum, sowie jede Werbaussage, als auch die 3-spaltige und Organisationsanzeigen werden laut angeschlossenem Anzeigen-Tarif berechnet. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895-96, 9768

ZEITUNG

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Neue Namen, altes Programm.

Die Vorstellung des Kabinetts.

In diesem Reichskanzler lobt weder eine Flamme, noch lebt eine Tat; von dieser Regierung, die sich heute früh in der Nationalversammlung vorgestellt hat, wird man vergeblich erwarten, daß sie die Forderungen der Arbeiterklasse, die nach dem 13. März mit so gewaltiger Wucht und mit so entschlossener Einmütigkeit vorgetragen worden sind, erfüllen wird. Nach den heutigen Erklärungen Hermann Müllers muß gesagt werden: Diese Regierung wird dem schärfsten Mißtrauen der gesamten werktätigen Bevölkerung begegnen.

Von der Notwendigkeit der Koalitionspolitik war in der Rede des Reichskanzlers viel die Rede und noch mehr von der Demokratie, aber nicht ein einziges mal kam darin das Wort Sozialismus, nach dessen Erfüllung die arbeitenden Massen hungern, auf. Daß Müller sich in sehr klarer Weise gegen die Mißgebungen an dem Rapp-Butsch gewandt hat und damit lebhaftest Bannurteilung bei den Rechtsparteien auslöste, war eine Selbstverständlichkeit; aber er hat verdrängten, wer der eigentliche intellektuelle Urheber an dem militaristisch-monarchistischen Zustand gewesen ist, wer mit der intellektuellen Mitschuld daran aufs schwerste belastet ist. Noske und das System Noske sind es, die erst der Gegenrevolution Gelegenheit gegeben haben, ihr Haupt so frech zu erheben, und wenn H. Müller seinem Vorgänger Bauer den Dank für dessen so legendäre Tätigkeit in seiner Rede ausgesprochen hat, so kann das nur so aufzufassen sein, daß er auch heute noch sich innerlich verbunden fühlt mit dem vorherigen Kabinetts, daß er trotz der augenblicklichen Front nach rechts entschlossen ist, dessen Politik fortzuführen.

Der Reichskanzler hat in seiner Rede betont, daß es jetzt keine Parteikonstellation geben könne, sondern daß man jetzt einmütig zusammenstehen müsse. Wer für „unser Sache“ gekämpft hat, der darf nicht um die Früchte des Erfolges geprellt werden. Mit Verlaub: Die Arbeiter haben nicht dafür gekämpft, daß das bisherige System unter neuen Namen weitergeführt wird; sie haben nicht zahllose Opfer gebracht, damit der Militarismus und der Kapitalismus sich aufs neue kräftigen, sie haben gekämpft und sie werden weiter kämpfen für den Sozialismus und damit für die völlige Niederrichtung der Reaktion. Das aber Herr Müller als positive Aufgabe der allerersten Tage ankündigt, das bedeutet, daß nichts wesentliches in dieser Richtung geschehen wird. Es ist kennzeichnend für das Niveau der Nationalversammlung, daß lebhaftest Unruhe entstand, als Herr Müller von der Bekämpfung des Schieberwesens, von der Wahl des Reichspräsidenten, von einigen anderen Nebensächlichkeiten sprach, daß aber die ganzen Versammlungen, mit Ausnahme der unabhängigen Sozialdemokraten, die Ankündigung des Reichskanzlers mit Gelassenheit hinnahmen, wonach unter Umständen in Rheinland-Westfalen die Ordnung mit bewaffneter Macht wieder hergestellt werden soll.

Daß diese Frage den Mittelpunkt der inneren Politik bildet, daß von der Lösung dieser Frage das Gedeihen des Reiches abhängt, das kam dem hohen Hause nicht zum Bewußtsein. Es fand auch nicht zu der Mitteilung des Kanzlers zu bemerken, daß die Regierung bei den Alliierten einen Antrag gestellt habe, im besetzten Gebiet Truppen einmarschieren zu lassen, damit diese die Arbeiterkraft in Rheinland-Westfalen niederwerfen sollen. Herr Müller hat auch einige nationale Forderungen geäußert; ist es aber nicht gerade vom nationalen Standpunkt aus betrachtet eine Würdelosigkeit, bei den Regierungen, die man noch immer als Feinde ansieht, um Hilfe für die Niederwerfung der eigenen Volksgenossen zu betteln?

Der Reichskanzler hat angekündigt, daß endlich Neuwahlen für den Reichstag vorgenommen werden sollen. Aber er hat den Termin nicht angegeben. Im Zusammenhang mit seinen Bannurteilungen über die erfolgreiche Arbeit der Koalitionsparteien scheint er aber der Auffassung zu sein, daß kein Kabinetts nicht ein Provisorium darstelle, sondern daß es sich bei den Wahlen ein Beträugenspotium holen und sich damit aus einem Provisorium in eine definitive Form umwandeln werde. Wenn die Politik dieser Regierung in den Tagen des heute vorgetragenen Programms schon so ist, so darf man wohl voraussetzen, daß die werktätige Bevölkerung ihr bei den kommenden Wahlen eine Niederlage bereiten wird.

Deutsche Nationalversammlung.

157. Sitzung, Montag, den 29. März.

Am Regierungstisch: Müller, Koch, Bauer, Geffer, Wirth, Sell, Giesberts, Dornes, David, Wundt, Schmidt, Schade, Braun, v. Seck.

Präsident Heinenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Min. und erbittet die Ermächtigung, der Stadt Stuttgart für die freundliche Aufnahme der Nationalversammlung deren herzlichen Dank auszusprechen zu dürfen. (Beifall.)

Der Oberverwaltungsrat ersucht um die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abgeordneten Traub wegen Hochverrats. Der Antrag wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die

Entgegennahme einer Erklärung der Regierung.

Reichskanzler Müller: Nachdem am 26. März der Rücktritt des Kabinetts erfolgt war, hat der Reichspräsident mich mit der Neubildung beauftragt. Ich habe nun die Ehre, dem hohen Hause die neue Regierung vorzustellen. Sie wird getragen von den gleichen Parteien, die in der Nationalversammlung sich zu einer Koalition vereinigt haben. Wir halten diese Koalition für den einzig tragfähigen Boden einer deutschen Politik. (Lebhafter Beifall.) An ihrer Erhaltung ist das ganze Volk mit seiner Existenz und mit seiner Zukunft interessiert.

Der Reichskanzler verliest dann die Ministerliste und hebt besonders hervor, daß das auswärtige Amt auch bald einen eigenen Minister erhalten wird.

Die vornehmste Pflicht der neugebildeten Reichsregierung wird sein, bis zu den Wahlen die Demokratie, die eben im Kampfe mit dem reaktionären Butsch und der Militärdiktatur sich als die stärkste Gewalt in Deutschland erwiesen hat, noch tiefer in die öffentlichen Einrichtungen der Republik hineinzufügen und zu befestigen. (Beifall.) Wer mit Rapp und Genossen, sei es bei den Behörden oder in der Reichswehr, gemeinsame Sache gemacht hat, muß verschwinden. (Beifall.) Eidbrüchige haben keine Schonung zu erwarten. Mit eisernem Bienen muß ausgefressen werden! (Lebhafter Beifall und Jurauf: Aber recht schnell!) An die Stelle der Ausgemerzten müssen Männer treten, denen es mit dem Dienst für die Republik ernst ist. Es muß eine Demokratisierung der Verwaltung eintreten unter voller Wahrung der Rechte der vorfassungstreuen Beamten. Notwendig ist die Auflösung ungesteuerter Heeresformationen und an ihrer Stelle die Schaffung neuer Verbände, die als eine wahrhafte Volkswehr unter Berücksichtigung aller Berufe gelten können, besonders unter ausreichender Beteiligung der Organisationskräfte der schaffenden Stände. Das müssen die großen zu lösenden Aufgaben sein. Wir werden sie rücksichtslos und rasch durchzuführen. (Beifall.) Eine Demokratie ohne Demokraten ist eine innerpolitische und außerpolitische Fiktion. Daß wir eine Demokratie sind, das hat das rasche Ende des Rapp-Butsches bewiesen. Nun wollen und müssen wir die Demokraten überall an die entscheidenden Stellen bringen.

Daneben muß das Werk der wirtschaftlichen Demokratie zu Ende geführt werden. Sobald der Unterraum fertiggestellt ist, kann der Reichswirtschaftsrat und der Reichsarbeitsrat in Tätigkeit treten. Der Ausbau der sozialen Gesetzgebung ist dringend geboten. Ein Schlichtungsgesetz ist vorbereitet. Eine großartige Durchführung der Fürsorge für die Kriegsoption ist höchste Pflicht. Ein Verjüngungsgesetz für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene ist zur Vorlage im Kabinetts fertiggestellt. Volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung für Arbeiter, Angestellte und Beamte muß geschaffen werden. Ein Arbeiter- und Beamtenrecht muß schneidens durchgeführt werden. Es muß freilich sozial ausgestaltet werden. Verwaltungsreform und Reform der Beamtenbesoldung müssen ihren geschlichen Ausdruck finden.

Bergwerke und Werke zur Erzeugung der Energie sind in öffentliche Bewirtschaftung zu nehmen oder unter staatliche Kontrolle zu nehmen. Die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft ist bereits gesetzlich festgelegt. Die Beteiligung des Reiches am Kohlenbergbau ist vorgegeben. Der nächste Schritt ist die Uebernahme von Kohlen- und Kalkstein. Mit der Landwirtschaft muß die Parole sein, wenn sie für und mit den anderen Erwerbsständen arbeiten will. Für Schieber und Wucherer wird kein Platz sein. (Lachen rechts und lebhafter Jurauf.) Ledem Sie nicht, es ist uns damit sehr ernst. (Müller rechts: Da laßt's alles, es ist ja lächerlich! — Gegenrufe links: Eidsbrecher!)

(Fortsetzung des Berichts auf Seite 2)

Die Gefahr der Gegenrevolution.

Die Rettungssaktion der bürgerlichen Parteien ist im vollen Gange.

Die liberale Presse fährt zwar mitgedrungen fort, die schlimmsten Untaten der Kapvisen zu brandmarken, aber schon längst richtet sich die Hauptenergie der führenden liberalen Blätter, wie der gesamten demokratischen Partei, gegen die Arbeiterklasse, um die den Arbeitern gemachten Zugeständnisse zurück zu ziehen und die Herrschaft der bürgerlichen Parteien vor den Forderungen „der Straße“ zu sichern.

Die rechtsstehende Presse stimmt dieser Rettungssaktion begeistert zu. Sie tut noch ein Uebrigtes, um die rechtsstehenden Parteien von jeder Mitschuld an dem Staatsstreich reinzuwaschen und eine gemeinsame Front „gegen den Bolschewismus“ zu schaffen, hinter der auch die ruhebedürftigen, profitbelustigsten Liberalen Raum finden könnten.

Nur bin und wieder offenbaren sie ihre Wut vor Enttäuschung über den mißglückten Butsch. Wie schön wäre es gewesen, wenn Rapp und Lüttich, Jagow und Traub Sieger geblieben wären! Nun aber, da sie besieg sind, werden sie auch von rechts mit Fuhrritten getroffen, weil sie die Sache zu ungeschickt angefaßt haben.

In ihrer Sonntagsausgabe schimpft die antisemitische „Staatsbürgerzeitung“ über die Dummheit der Rapp-Lüttich-Clique. In ihrer Nummer vom 14. März hatte das Blatt den Staatsstreich begrüßt und jubelnd festgestellt, daß „nationalgestimmtes Militär, dessen Oberleitung in den Händen Ludendorffs liege“, in Berlin eingerückt sei. Jetzt „verurteilt“ das Blatt den Butsch als „verfassungswidrig“. Aber gleichzeitig bezeichnet es das „harmlose“, „autmäßige“ Vorgehen der Rapp-Clique auch von konservativem Standpunkt als eine Dummheit:

„Ein Napoleon hätte sich auf keine parlamentarischen Verhandlungen eingelassen; er hätte die Nationalversammlung nach Hause geschickt und eine zeitlich begrenzte Militärdiktatur eingerichtet. Er hätte die Gewerkschaften aufgelöst, die Verhandlungsartikeln verbrannt, die Vereinvermögen für den Staat beschlagnahmt. Er hätte vielleicht 100 000 der radikalsten Führer erschießen lassen. Seine Soldaten würde er glänzend bezahlt haben, wie es jetzt die rote Armee tut, und er hätte zugleich der Entente mitgeteilt, daß er den Bolschewismus unterdrücken müsse, weil sonst keine Gewähr vorliege, daß Deutschland die Friedensbedingungen erfülle. Dieser Plan hätte unbedingt glücken müssen.“

Dieses Eingeständnis des antisemitischen Blättchens ist recht bezeichnend. Es zeigt, was die Arbeiterklasse zu erwarten hat, wenn die rechtsstehenden Parteien ihren „Napoleon“ finden. Daß sie alles weniger als „autmäßig“ sind, zeigen die Enthüllungen, die G. v. Gerlach in der „Welt am Montag“ über die Vorgeschichte des Butsches macht. Er teilt mit, daß am 10. März ein Herr aus dem Zentrum der reaktionären Verleumdung bei ihm erschien und ihm folgendes erklärte:

„Ich komme, um Sie zu warnen.“

Ich selbst bin Monarchist, habe die Ueberzeugung, daß nur die Monarchie die für Deutschland geeignete Staatsform ist. Deshalb habe ich Sie bekämpft und werde Ihre Politik auch in Zukunft bekämpfen. Aber ich bin für die Wiederherstellung der Monarchie auf verfassungsmäßigem Wege. Das, was meine Gefinnungsgenossen jetzt vorhaben, kann ich nicht mitmachen.

Sie kennen vielleicht das Buch des Franzosen Est. Das, was dort über das Vorhaben einer „Arbeiterliste“ gesagt ist, trifft zu. Sie stehen auf ihrer ersten Stelle. Sie werden am meisten gehaßt. Einmal wegen Ihres Namens, und dann, weil Ihre Artikel für die wirkungsvollsten gehalten werden.

Um die Wende des 1. April herum soll eine monarchistische Erhebung stattfinden. Für die Wahl dieses Datums sind zwei Erwägungen maßgebend. Zum 15. April ist die Auflösung der Marinebrigade Ehrhardt angekündigt. Diese Brigade ist die Kerntruppe der Verschworenen. Man will los schlagen, ehe sie in alle Winde zerstreut ist. Sodann lassen die letzten Nachrichten das Zustandekommen einer Reichsanleihe der Entente für Deutschland immer wahrscheinlicher erscheinen. Diese Anleihe würde bedeuten: mehr Lebensmittel, Rohstoffe, mehr Arbeitslosgeld, wachsende Besoldung

Das republikanische Programm ist ein monarchistisches Programm. Deshalb muß das Zusammenkommen der Parteien verhindert werden.

Bei den Beratungen der letzten Tage wurde eingewandt, daß die monarchistische Erhebung Verbindungen mit der Entente, Erneuerung der Blockade, Hungernot in den großen Städten zur Folge haben könne. Darauf erklärte einer der ältesten Führer: „Je mehr Proletariat in der Verredung, um so besser.“

Dann wurde eingewandt, daß der Süden und Westdeutschland sich einer Berliner Diktatur nicht unterstellen würden. Darauf erklärte derselbe Führer:

„Besser ein kleines monarchisches Preußen, als ein großes republikanisches Deutschland.“

Schon im vorigen Herbst, nach der Rückkehr der Baltikumtruppen, sollte die Erhebung stattfinden. Damals scheiterte sie jedoch an der Abreise der Generale von Lüttich und Maercker, von denen jeder die erste Rolle spielen wollte. Diesmal liegt ein Brief von Lüttich an Ludendorff vor, in dem Lüttich versichert, daß er nicht wieder wie im Herbst gehen. Sobald Ludendorff das Zeichen gebe, schlage er los.

Zwischen Ludendorff und Dilliger haben Besprechungen stattgefunden.

Man ist sich natürlich darüber klar, daß die monarchistische Erhebung die gesamte Berliner Arbeiterschaft gegen sich haben wird. Sie zu gewinnen, wird nicht möglich sein, deshalb soll sie durch Terror eingeschüchelt werden. Das Beispiel des weißen Terrors in Ungarn hat die Verschwörer verändert. Man steht mit den ungarischen Monarchisten nicht nur in Fühlung, man will ihr Beispiel auch nachahmen. Nach der Besetzung Berlins werden eine Anzahl von „Notabeln“ der Gegenpartei, darunter Sie, auf dem Potsdamer Platz erschossen werden. Man nimmt an, daß werde auf die Arbeiterschaft so abschreckend wirken, daß sie sich ruhig verhalten werde.

Ich bin kein Späher und habe mich deshalb nicht an die Behörden gewandt. Ich komme nur zu Ihnen, um Sie persönlich zu warnen. Ich konnte es nicht über mich gewinnen, einen solchen Verdacht ruhig aufzuführen zu lassen.“

Diese Enthüllungen verleiht sind außerordentlich bedeutsam. Sie beweisen, wie berechtigt unsere fortwährenden Warnungen und Anklagen waren, und wie verbrecherisch die Politik des Kessels war, der allen Warnungen zum Trotz den Gegenrevolutionären die Waffen in die Hand gab, um gegen die Arbeiterklasse, um gegen die Republik mobilzumachen. Noch eine Woche vor dem Putsch deckten wir die Zusammenhänge zwischen den ungarischen Konterrevolutionären, die unter Führung des Grafen Rarman in Berlin umfassende Werbungen betrieben, und den deutschen monarchistischen Verfassern auf. Es geschah nichts, um auch hier einzugreifen. Es wurde vielmehr der Soldateska völlig freie Hand gelassen, um das „bezaubernde Beispiel“ des ungarischen weißen Terrors nachzuahmen.

Der Putsch mißglückte, weil trotz der glänzenden militärischen Vorbereitung die politische Vorbereitung unzureichend war. Doch ihren verbrecherischen Plan haben die Verschwörer nicht aufgegeben. Sie rüsten fieberhaft weiter, sie sind noch wie vor am Werke, ihre Aktion zu wiederholen. Die meisten von ihnen haben ihre Posten inne: Die neue Koalitionsregierung ist nur die Kulisse, hinter der der Aufmarsch der Gegenrevolution sich vollzieht.

An den Arbeitern liegt es, diese neue Aktion zu durchkreuzen. Es gibt für sie nur eine Parole: Entwaffnung der Konterrevolution und Zusammenbruch aller Kräfte für den Kampf um den Sozialismus.

Keine Uebereilung, kein Blutbad!

Das Ultimatum der Regierung schafft eine außerordentlich gefährliche Situation. Die Lage im Ruhrgebiet ist derart, daß alles darauf ankommt, daß die verantwortlichen Personen nicht die Nerven verlieren, und daß sie nicht durch übertriebene Schauernachrichten sich zu Schritten verleiten lassen, die unwiderruflich sind und ins Verderben führen.

Deshalb ist es außerordentlich bedauerlich, daß ein Ultimatum mit so kurzer Frist gestellt worden ist. Denn es kommt so gut wie alles darauf an, daß die nötige Zeit gelassen wird, um die Dinge friedlich in Ordnung bringen zu können. Daß das geschieht, dafür bürgt der einmütige Wille fast der ganzen Arbeiterschaft im Ruhrgebiet, die entschlossen ist, für die Durchföhrung des Wilsfelders Abkommens bis zum letzten Ausflusse zu sorgen.

Wir haben schon gestern gesagt, daß die Vorgänge im Gamborn Bezirk, wo es unter monarchistischem Einfluß zu terroristischen Vorgehen gekommen ist, nur lokaler Natur sind. Ebenso wird die Fortsetzung der Kämpfe bei Welsel von der Arbeiterschaft verurteilt. Wie ernst es der Arbeiterschaft ist, beweist der Entschluß der Arbeitervertreter von Hagen, Remscheid, Lüdenfeld, Herborn, Elberfeld und Dortmund, unter Umständen mit allen Mitteln, und wenn es sein muß mit Waffengewalt, dafür zu sorgen, daß das Wilsfelder Abkommen auch in den Bezirken, wo der ungesunde Einfluß der monarchistischen momentanen die Oberhand gewonnen hat, respektiert wird.

Unter diesen Umständen kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß es auch in Welsel und Gamborn in kürzester Zeit gelingen wird, den Willen der Arbeiterschaft gegen das separatistische Vorgehen durchzusetzen.

Deshalb war das Ultimatum überflüssig, und es ist schädlich, weil dadurch die Aufregung in der Gesamtarbeiterschaft vermehrt wird. Für die der Gedanke unerträglich wäre, daß gegen ihre Brüder im Ruhrgebiet, deren Feldennut nicht zuletzt der rasche Sturz der Kapp und Lüttich zu danken ist, die Reichswehr losgelassen werden soll. Um so unerträglich ist der Gedanke, daß alle Arbeitervertreter aus dem Ruhrgebiet ohne Unterchied der Richtung der Ansicht sind, daß gewalttames Vorgehen sich erübrigt, wenn klug und unermüdet verhandelt wird. Was zu fordern ist, ist, daß die Regierung, die immer so außerordentlich viel Rücksicht nimmt auf die Psychologie der Militärs, endlich sich auch daran gewöhnt, die Psychologie der Arbeiter zu berücksichtigen.

Die Regierung beginnt schon wieder jene Sprache der Staatsautorität zu sprechen, die wir von den wilhelminischen und den Kapp-Regierungen her kennen. Wir aber verlangen, daß von Arbeitern zu Arbeitern, von Sozialisten zu Sozialisten gesprochen wird. Da die Arbeiterschaft selbst die Vermeidung des Konfliktes wünscht, ist das Problem bei vernünftigem Vorgehen nicht nur zu lösen, sondern auch leicht zu lösen. Will die Regierung nicht neue Erbitterung, neuen Haß in die Arbeiterschaft tragen, so darf sie nicht marschieren lassen!

Crispian und die Arbeiterregierung.

Der in unserer heutigen Morgen-Ausgabe enthaltene Bericht über die gestrige Rede Crispians war einer bürgerlichen Korrespondenz entnommen, da unser eigener Bericht ausgeblieben war. Genosse Crispian bittet uns mitzutellen, daß er die Verantwortung für diesen Bericht ablehnt, da er von einem in politischen und parteipolitischen Fragen unorientierten Menschen herührt. Insbesondere sind die Ausführungen über die Beziehungen zum Ausland ganz falsch wiedergegeben. Am Mißverständnis vorzubeugen, wird Crispian den Sinn seiner Rede in einer der nächsten Nummern der „Freiheit“ selbst darzustellen.

Deutsche Nationalversammlung.

(Fortsetzung von Seite 1.)

Die neue Regierung übernimmt das Programm der alten. Ihre Arbeiten bedeuten keinen Bruch mit der Vergangenheit.

Das wichtigste aus ihrem umfangreichen Arbeitsprogramm wird bald erledigt werden können. So hoffen wir, trotzdem die Arbeiten der Nationalversammlung frühzeitig abgebrochen werden müssen, weil nach dem Streich der Kappgenossen das Volk schnelle Abrechnung verlangt. Unser Ziel ist weiter lokale Erfüllung des Friedensvertrages, Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens und der Gemeinschaft zwischen den Völkern, Heranholung aller Hilfsmittel für den Wiederaufbau.

Außenpolitisch bleibt unser Kurs derselbe, weil er sich bewährt hat. Von der Rechten ist uns bei verschiedenen Gelegenheiten angezogen worden, gegen die rücksichtslos eingeleitete Nacht der Entente auch unsererseits mit einer angeblichen Nacht auszukämpfen, mit einer Nacht, die wir nach dem unglückseligen Ausgang dieses Krieges gar nicht besitzen. (Sehr wahr!) Man hat uns also angezogen, uns lächerlich zu machen auf Kosten des Reiches zum Schaden des deutschen Volkes. (Sehr wahr!) Wir haben das abgelehnt. Wir haben gewissenhaft und unermüdet uns der Waffen bedient, die der Führer muß, der im Kräftepiel der Schwächere ist, durch Vernunftgründe und Ueberwindung der Gegenwärtigen. Mit ihnen haben wir eine der schlimmsten Forderungen auf ein mögliches Maß zurückgeführt, und was mehr: und für die Zukunft wertvoller ist: wir haben allen Widerständen zum Trotz etwas Vertrauen erworben, ein Vertrauen, das sich zweifellos durch die schnelle Abbrechung des Kapp-Putsches nicht vermindert, sondern gesteigert hat. (Sehr wahr!) Unsere Gegner aus der Kriegspartei müssen aber endlich einsehen, daß unser Volk nicht zur Ruhe kommen kann, wenn seine wirtschaftlichen und nationalen Lebensnotwendigkeiten unterdrückt werden. (Beifall.) Wäre der Friede von Versailles ein anderer gewesen, hätte er den Grundstein entsprochen, für die die Völker der Entente gegen Deutschland in den Krieg geführt wurden, wäre dem deutschen Volke nicht über ein Jahr nach Abschluß des Waffenstillstandes hinaus unter Kriegsgesetz das Leben schier unmöglich gemacht worden, so wäre die Nacht bereit, die sich von Herrn Kapp und seinem Plebejus-Pöbel verführen ließen, weit geringer gewesen. (Sehr richtig!)

In diesem Zusammenhange muß ich auf die letzten Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten Millerand eingehen. Er sagte, Frankreich wolle gegen Deutschland keine Politik des Haßes und der Rache führen, sondern nur Gerechtigkeit verlangen. Die Voraussetzung sei die Erfüllung des Friedensvertrages durch Deutschland. Dazu kann ich sagen: Die deutsche Regierung ist seit Unterzeichnung des Vertrages von Versailles ehrlich bemüht gewesen, alles zu erfüllen, was zu erfüllen überhaupt in ihrer Macht stand. Im übrigen ist auch nach meiner Auffassung eine Zusammenarbeit Frankreichs und Deutschlands auf wirtschaftlichem Gebiet unbedingt geboten, wenn sich Deutschland nicht wirtschaftlich und finanziell verbluten soll, was der wirtschaftlichen Ruin der übrigen europäischen Länder sicherlich zur unmittelbaren Folge hätte. Ohne ein lebensfähiges Deutschland kann Europa nicht leben. (Beifall.) Herr Millerand verlangt Gerechtigkeit. Die Gerechtigkeit gebietet mir, zu sagen, daß die deutschen Lebensinteressen nicht immer Berücksichtigung fanden, auch dort nicht, wo sie mit denen Frankreichs identisch waren. (Hört! Hört!) Dafür ein Beispiel aus letzter Zeit. Aus einigen Teilen des

Ruhrgebietes

kommen täglich Deputationen zur Regierung und schildern die furchterliche Lage dort. Deshalb verhandelt die Regierung seit einigen Tagen mit den abtrünnigen Regierungen, um für den Restfall eine härtere Truppenmacht ganz vorübergehend in dem dortigen Gebiet zu verwenden. Nur für den Notfall! Wenn eine friedliche Entspannung dort möglich ist, wir mir es alle sehr wünschen, soll kein Mann mehr in die neutrale Zone kommen als uns früher bereits zugesandt wurde. Die französische Regierung will aber unseren Wunsch nur dann erfüllen, wenn entsprechend alliierte Truppen an anderen Stellen in die neutrale Zone einzücken dürfen. (Hört! Hört!) So verlangen die Franzosen als Garantie die Besetzung von Straßburg, Hanau, Gamburg, Darnstadt und Dieburg, was ein Vorrücken um etwa 20 Kilometer bedeuten würde. Die deutsche Regierung muß natürlich eine solche Zumutung zurückweisen. (Beifall.) Wir denken nicht daran, dieses Gebiet den Schreden einer Okkupation anzugehen. (Beifall.) Dabei war der Antrag der deutschen Regierung doch nicht zuletzt von der Sorge diktiert, daß durch die Entwidlung im Ruhrgebiet die Erfüllung der wirtschaftlichen Forderungen des Vertrages ernstlich gefährdet würde, an denen gerade Frankreich wegen der Kohlenlieferung ein besonderes Interesse hat.

Wir versichern Ihnen, daß im Rahmen der deutschen Republik kein Platz ist für eine Diktatur, sowie sie, woher sie wolle. (Beifall.) Nur: wenn wir alle zueinander stehen, werden wir den Weg zu besseren Zeiten finden. Unser Glaube an bessere Zeiten wurde gestärkt durch das Befestern unserer Volksgenossen in Rastenburg und der

Nordmark. Das deutsche Volk kann auch mit Zuredung auf diese Abstimmungen diese bilden.

Nach diesen wir erschüttert in den Nachwehen des Kampfes, den das deutsche Volk wie ein Mann geführt hat. Unser ganzes Programm ist darauf angelegt, dieser Tatsache gerecht zu werden. Wer mit uns gekämpft hat, darf nicht um die Früchte dieses Kampfes gebracht werden. (Beifall bei der Mehrheit.) Ich schicke mich den Dankesworten an, die mein Vorgänger in der Stuttgarter Tagung der Nationalversammlung dem deutschen Volk und den Truppen der Reichswehr genötigt hat. Dank allen Beamten, Arbeitern und Bürgern, die es durchgeleitet haben, daß der Berliner Putsch nicht mehr als vier Tage dauerte. Ihnen allen muß durch die innere Politik ihr Recht und ihr Anteil werden, während durch die äußere Politik dem deutschen Volk sein Recht und sein Anteil an der Welt bewahrt wird. Zu diesen Absichten bitten wir um Ihr Vertrauen.

Wir können nicht an die Arbeit gehen ohne Abrechnung mit der letzten Vergangenheit. Wir haben ein Verbrechen an Reich und Volk erleben müssen, das ohnegleichen ist. (Sehr richtig!) bei der Mehrheit.) Dummheit und Brutalität hatten sich verbündet, um mit Hilfe irregulärer, verführter Truppen die Verfassung zu brechen. Unsere Aufgabe ist es, Schuld und Mitschuld an diesen Verbrechen festzustellen, die Hauptverursacher der Verfassung zuzuführen. Nichts wird uns von der notwendigen Vorklärung des gesunden Rechtsempfindens abhalten. (Beifall bei der Mehrheit.) auch nicht das gute Zureden von Seiten der Parteien, wo einzig und allein die intellektuellen Urheber des Planes liegen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Miller geht dann zu einer heftigen Polemik gegen die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei über, denen er aus ihren Kundgebungen nachweist, daß sie hinter dem Putsch gestanden haben. Mit seinem Wort sei der Putsch von diesen Parteien beurteilt worden. Im Gegenteil, es liegen Beweise vor für die unmittelbare Mitschuld der Rechtsparteien, besonders in der Ernennung verschiedener hervorragender Mitglieder dieser Parteien zu Ministern der Kapp-Regierung; so sei beispielsweise Freiherr von Wangenheim, der Führer des Bundes der Landwirte, zum Landwirtschaftsminister ernannt worden. Die Deutschnationalen wendeten sich durch heftige Zwischenrufe gegen die Vorwürfe. Als Müller die Namen der kompromittierten Parlamentarier aufzählte, erlosch von der Rechten rühmlich der Ruf: Winnig! Winnig! Müller antwortet, daß der Mann sofort abgeschüttelt werden sei, die Rechte repliziert darauf, daß sie ihre Leute auch abgeschüttelt habe.

Er weist nach, daß diese Kapp-Regierung auch insofern eine schwere Verfehlung dem Ausland gegenüber begangen habe, als Lüttich den Revanchegedanken vertreten; nicht Abrechnung, sondern Rache sei seine Parole gewesen. Das Volk habe diesen Putschisten und Revanchepolitikern das Schwert aus der Hand geschlagen, die Waffen werden die Natur des Volkes bringen.

Im Westen sei die Anarchie von rechts in die Anarchie von links umgeschlagen. Müller verliert sich in eine Reihe von Reden zu belügen, die der Regierung zugegangen sind und die einen hart tendenziösen Eindruck machen. Er erklärt, daß die Regierung entschlossen sei, auch im Ruhrgebiet Ordnung zu schaffen. Man müsse zurück auf den Boden der wahren Demokratie. Das Ausland sei überzeugt, daß in Deutschland die Ludendorff und Lüttich abgewirtschaftet haben. Man mache uns nicht lange mit dem Wilsfelder Abkommen. Die Regierung werde sich bekämpfen und verhindern, daß er in Deutschland Boden fassa. Die größte Gefahr aber komme von der bewaffneten Reaktion von rechts.

Diese Regierungserklärung Müllers wird von den Blockpartei mit großem Beifall aufgenommen.

Der Reichstag tritt dann in die Beratung seiner Vorlagen ein. Die Besprechung der Regierungserklärung soll erst nach Beilegung dieser kleinen Vorlagen erfolgen.

Seins Volkhaft.

Unser holländisches Bruderorgan „Het Volk“ berichtet, daß der englische Genosse Lansbury, der sich augenblicklich in Russland aufhält und von dort enthusiastische Schilderungen der Sowjetrepublik nach England schickt, von Lenin eine Volkhaft an die Arbeiter Englands erhielt, die lautet:

„Wenn Ihr in England eine friedliche Revolution zustande bringt, wird das niemand mehr freuen, als uns in Russland. Seid vorsichtig, was eure gewerkschaftliche und politische Bewegung angeht. Spaltet Euch nicht, wenn Ihr nicht dazu gezwungen seid. Schwächt Euch nicht durch ungütige Streiks und Aufstände. Halbt Euch zusammen und laßt Euch nicht verleiten, Lust zu nehmen zur Gewalt.“

Wir wollen hier nicht unterfragen, inwieweit diese Volkhaft der bisherigen Theorie und Praxis Lenins entspricht. Aber wir empfehlen ihre Befolgung allen unseren Genossen aufs wärmste.

Meuterei in e'ner Strafanstalt.

Brandenburg an der Havel, 29. März. Gestern meuterten die Insassen der Strafanstalt Brandenburg. Sie überwalligten das Wärterspersonal und eroberten die Montierungskammer. Etwa 140, die sich mit Revolvern versehen hatten, sind entkommen. Es wurde früh auf den Gekappten bereits 80 wieder eingeliefert.

Eine rühmliche Ausnahme. Landrat Kreibitz v. Walsleben (Rügen), der Führer der Deutschnationalen im pommerischen Provinzialparlament, kündigt seinen Austritt an, da er als Monarchist nicht inslande sei, den Eid auf die Verfassung zu leisten.

Generalkrieg in Neuburg. Nach einer Beobachtung aus Neuburg ist dort, da die streikenden Textilarbeiter von Neuburg Tourcoing und Umgebung sich mit den Arbeitgebern nicht einigen können, der Generalkrieg erklärt worden. An der Bewegung werden 15 000 Arbeiter teilnehmen.

Ende des Staatsbeamtenstreiks in Lissabon. Nach einer Beobachtung aus Lissabon ist der Streik der Staatsbeamten beendet. Der öffentliche Dienst funktioniert wieder normal.

Friedenskonferenz in San Remo. Nach einer Vereinbarung zwischen den beteiligten Regierungen wird die Friedenskonferenz am 10. oder 11. April in San Remo zusammenzutreten.

Sieben erschienen!

Die Frauenerwerbsarbeit

Von MATHILDE WURM

Preis 1 Mark

Organisationen erhalten Rabatt.

Bestellungen sind zu richten an die Buchhandlung „FREIHEIT“, Berlin C 2, Breite Str. 2-6

Das Zentrum gegen die Arbeiterregierung.

Die Zentrumsfraktion der Nationalversammlung richtet an die Mitglieder ihrer Partei einen Aufruf, der sich mit dem Kapp-Putsch und dessen Folgen befaßt. Es heißt darin:

Nachdem die Militärrevolte einmal Tatsache geworden war, blieb die Organisation von links nicht aus. Eine Arbeiterregierung, also eine einseitige Klassenregierung, wurde zum Kampfruf. Eine solche lehnt das Zentrum grundsätzlich ab. Sie würde ohne Zweifel weiter nach links zu einer Diktatur und über den blutigen Bürgerkrieg wahrscheinlich zum Bolschewismus führen.

Der Aufruf fordert dann zur Wahlarbeit auf und stellt folgende Forderungen zur Lage:

1. Grundständige Ausrechterhaltung der Weimarer Verfassung mit allen nur möglichen Mitteln.
2. Eine Regierung, die den Willen und die Mittel besitzt, auf dem vom Verbot der Stunde diktierten Wege verfassungsmäßige Zustände wieder herzustellen und zu sichern.
3. Die Organisation einer Wehrmacht, die verfassungstreu und verfassungstreu bis zum Opfer von Blut und Leben ist.
4. Schärfste Abwendung aller gewalttätigen Umsturzbestrebungen, ohne Ansehung der Person oder Partei.
5. Ablehnung und Bekämpfung jeder Klassenherrschaft.
6. Entschiedenste Durchführung einer sozialen Demokratie unter Gleichberechtigung aller Stände.

Den begleitenden Text zu diesem Aufruf bringt die „Germania“, das Hauptorgan der Zentrumsfraktion, in dem Leitartikel ihrer Sonntagsausgabe. Das Blatt sagt, daß der stärkste Radikalismus nach dem alldeutsch-militärischen Putsch fühner und hoffnungsfroher denn je kein Haupt erhebe. Am stärksten bekomme das begrifflichstweise von den Wehrheitsparteien diejenige zu fühlen, die die ausgebreitetste Massenpartei sei, und das seien die Wehrheitssozialisten.

Hatten sie immer schon einen schweren Standpunkt gegenüber dem Antirepublikanismus, so war nach dem 13. März der Druck von dieser Seite so stark, daß auch die Kreise in den Vordergrund zu drängen schienen, die eine Anlehnung der Partei an die Unabhängigen erstrebten. Man brauchte nur den „Vorwärts“ aus den letzten Tagen zu lesen, um zu erkennen, wie seit zwei Wochen seine Tonart eine ganz andere geworden ist. . . . Wollten die Wehrheitssozialisten diesem Drucke standhalten, so mußten sie notgedrungen gewisse Konzessionen nach links machen, die bei der Neubildung des Reichsministeriums ihren Ausdruck zu finden hätten. Man kam so, wenn die im Ausland gangbare Bezeichnung erlaubt ist, zu einem Ministerium der republikanischen Verteidigung.

Die „Germania“ führt weiter aus, daß auch Zentrum und Demokraten aus dieser Lage ihre Konsequenzen ziehen mußten und der Aufrichtung einer handlungsfähigen Regierung keine unnötigen Schwierigkeiten bereiten dürften. Man durfte die Hoffnung nicht aufgeben, noch einmal festen Boden unter den Füßen zu bekommen. Das Blatt fährt fort:

Die Sozialdemokratie selbst fühlt sich augenscheinlich von dieser Hoffnung getrogen und hat darum auch bei der diesmaligen Regierungsumbildung großen Wert auf die Erhaltung der bewährten Koalition gelegt. So hat sie bei der Auswahl der Personen für die Ministerposten — ganz gewiß soweit das Zentrum in Frage kommt — keine unnötigen Einwände gemacht. Mit anderen Worten, die Sozialdemokratie steht ebenfalls die Politik fort, die sie im Reich und in den Ländern seit mehr als Jahresfrist verfolgt und die als oberstes Ziel die Ausrechterhaltung der Ordnung und die Wahrung verfassungsmäßiger Zustände im Auge hat.

Die „Germania“ sagt schließlich, daß die Vertreter des Zentrums im Kabinett sich mit ihrer ganzen Person für die Fortführung der alten Politik einsetzen würden. Zum Teil seien es seine alten bewährten Minister, die schon seit Monaten in diesem Sinne gewirkt hätten.

Die „Germania“ erwartet also von den rechtssozialistischen Misallierten der Regierung, daß sie die bisherige Politik fortsetzen und die Forderungen der Arbeiterschaft außer acht lassen. Jedemfalls erkennt man immer wieder, daß die Forderungen der Gewerkschaften nur durch eine sozialistische Regierung durchgesetzt werden können.

Daß das Zentrum von einer Arbeiterregierung nichts wissen will, stimmt durchaus mit der bisherigen Politik dieser Partei überein. Am Zentrum haben die Arbeiter, trotzdem sie die große Mehrheit der Partei bilden, noch niemals viel zu sagen gehabt.

Schon bei der Vergebung von parlamentarischen Mandaten hat es kein einziges Mal den katholischen Arbeiterorganisationen bedürft, damit auch sie berücksichtigt wurden. Die ganze Politik des Zentrums war von jeder Art Interessen der bestehenden Klassen ausgedrungen, auf die Interessen der arbeitenden Klassen ausgedrungen, höchstens einige Brosamen hinwarf. Wenn das Zentrum meint, daß es diese Politik auch jetzt noch auf das Reich übertragen und den der Arbeiterschaft zustehenden Einfluß auch künftig ausüben kann, so wird es bald eines Besseren belehrt werden müssen.

Die Verschwörung in Jüterbog.

Die in Jüterbog stehende Truppenteile haben sich beinahe ohne Hinter die Regierung Kapp-Lüttich gestellt. Die Kommandeure, Oberst Wächter und Oberleutnant Fichtelberg, bereiteten die Beschießung der Verschwörer und hielten die ihnen unterstellten Verbände zum Losziehen bereit. Nachdem die Kappisten in Berlin davon in Kenntnis gesetzt wurden, daß die Jüterboger Truppen eine Schwärzung der Verfassung und die Wiedereinnahme des Reiches anstreben, gelang es dem Reichsamt für die Besetzung der Jüterboger Truppen, die Jüterboger Truppen durch folgenden Befehl angeordnet:

Jüterbog, den 17. 8. 20.
Der Militärbefehlshaber im Kreise Jüterbog-Ludowigsdorf.
1. Die bisherige Haltung im Volk hat sich zu einem Kampf der Sozialisten gegen alle anderen Parteien entwickelt. Schon erregt der Bolschewismus an diesen Stellen im Reich sein Haupt.
2. Die neue Weimarer Regierung hat sich bereit und dem Militär-

befehlshaber, General v. Rittow, die Widerweigerung des bolschewistischen Auftrages übertragen.

Jeht ist es höchste Pflicht für alle Deutschen, zusammenzutreten und das Vaterland vor dem Untergang und Chaos zu bewahren.

Ich erwarte, daß in dieser Aufgabe alle mich mit äußerster Kraft unterstützen werden.

gez. Wächter, Oberst, Kommandeur der Artillerieschule.
Für die Wichtigkeit:

gez. Heidrich, Hauptmann und Adjutant.
Daß der Befehl mehrere große Unwahrheiten enthält, tut nicht zur Sache, denn das Plunkern ist die größte Eigenschaft der regierenden Militärs. Tatsache ist jedenfalls, daß die Jüterboger Verbände die Einheitsfront gegen den Bolschewismus hergestellt haben und, wieder auf dem Boden der Verfassung stehend, die besten Vorbereitungen treffen, um mit Hilfe von Rechts das Volk zu erlösen, das ihnen auf dem Wege über Kapp-Lüttich versagt blieb. Ende der vorigen Woche sind in Jüterbog vier Kompanien der Scharfbirigade einsetzbar. Es handelt sich um etwa 600 Mann, darunter allein 200 Offiziere, die neu ausgerüstet und für den Kampf gegen das Ruhrgebiet bereitgestellt werden. In Jüterbog liegen außerdem die halbtägigen Formationen Steier, Wallenland und von Prandis. Sie werden neue Truppen an und haben bereits ausgeübte Teile telegraphisch wieder nach Jüterbog zurückgerufen. Auch Freiwillige werden eingestellt.

Wir fragen die Regierung, ob sie von diesen Dingen unberührt ist und welche Maßnahmen sie bisher getroffen hat, um sich der Offiziere von Jüterbog, die allesamt an der Kapp-Verweigerung beteiligt waren, also Quasibetrüger sind, zu verschaffen? Gegen Oberleutnant Fichtelberg und Oberst Wächter müssen sofort Disziplinarbefehle erlassen werden. Außerdem hat auch der Leutnant Muppert, ein alter Weltkriegsheld, sich an dem Hochverrat der Jüterboger hervorragend beteiligt.

Wir fragen die Regierung, ob sie von diesen Dingen unberührt ist und welche Maßnahmen sie bisher getroffen hat, um sich der Offiziere von Jüterbog, die allesamt an der Kapp-Verweigerung beteiligt waren, also Quasibetrüger sind, zu verschaffen? Gegen Oberleutnant Fichtelberg und Oberst Wächter müssen sofort Disziplinarbefehle erlassen werden. Außerdem hat auch der Leutnant Muppert, ein alter Weltkriegsheld, sich an dem Hochverrat der Jüterboger hervorragend beteiligt.

Aufruf der österreichischen Sozialdemokratie zur Bildung einer neuen Arbeiterarmee.

Die „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht an der Spitze ihres Blattes einen Aufruf des Parteivorstandes der österreichischen Sozialdemokratie, in dem es heißt:

Die gemaltigen Ereignisse in Deutschland haben abermals gezeigt, welche Gefahren der Arbeiterklasse drohen, wenn sie die bewaffnete Macht gegenrevolutionären Elementen überläßt. Die Macht und die Rechte der Arbeiterklasse sind nur dann vor gewalttätigen Anschlägen der Gegenrevolutionäre sicher, wenn die Arbeiter selbst die Waffen führen, um die Verengungen der Revolution zu verteidigen. Es wird in dem Aufruf weiter vor allem an die Arbeiter und Soldaten appelliert, die Wehrarbeit für die Arbeiter zu leisten. Es sei Pflicht jedes Vertrauensmannes, verlässliche Genossen für die neue Wehrmacht zu werden.

Die Schicksale der nach Überitz verschleppten Genossen.

Nach sechsmonatigem Marterium sind nunmehr unsere nach Überitz verschleppten Genossen, deren Überführung in das Berliner Polizeigefängnis wir bereits gemeldet haben, mit Ausnahme zweier Kassen am Sonntag mittig auf die bringenden Wehrverbände ihres Kreisverbandes, Dr. Siegfried Wenzel, aus der Haft entlassen worden. Die Nachricht der bürgerlichen Presse, daß unter alter Genosse, Gastwirt Adolf Beer, bereits vor einigen Tagen entlassen worden sei, was sich herausgestellt habe, daß er kein Kommunist, sondern bürgerlicher Demokrat sei, ist selbstverständlich unrichtig und beruht anscheinlich auf Verwechslung mit einem gleichfalls nach Überitz verschleppten gewissen Kaufmann Fuchs, dessen Erkennung wir bereits vor einigen Tagen in der „Freiheit“ mitgeteilt haben. Genosse Beer, der weiten Kreisen unserer Genossen als der verdienstvolle Vorsitzende der Unterstützungscommission der Berliner Arbeiterkassen bekannt ist, hat sich natürlich niemals für einen bürgerlichen Demokraten ausgegeben.

Der Überitz-Justiz, in dem sich unsere Genossen befinden, ist ebenso herzerregend wie die Berichte, die sie von ihren Erlebnissen geben. Kaum ein einziger, der nicht noch jetzt sichtbare Spuren erlittener Mißhandlungen aufweist. Fast alle sind buchstäblich „mit einem blauen Auge“ davongekommen. Einem Genossen, der an Knochenverletzungen litt, wurden die Operationswunden durch Fuchtsche Gewalttätigkeiten aufgeschnitten. Kerntliche Hilfe verweigerte man ihm ebenso wie den anderen Genossen, trotzdem zwei derselben infolge der Mißhandlungen bewußtlos zusammenbrachen.

Aus den übereinstimmenden Berichten der Verhafteten geht hervor, daß die Verhaftungen von der berüchtigten durch den Reichsbahnhauptmann v. Kessel inszenierten Spitzelbanderschaft der Charlottenburger Sicherheitswehr vorgenommen sind. Die Verhafteten waren nahe daran, das Schicksal der in der Frauengewaltigen Strafe auf Wehrich Kessel ermittelten Matrosen zu teilen. Bei ihrer Entlassung in Überitz ließ man die Verhafteten zunächst so lange auf dem Kasernen, bis sich eine Horde von etwa 400 Soldaten um den Wogen gesammelt hätte, die durch die bewußt wahrheitswidrige Erzählung, die Genossen seien beim Plündern mit der Waffe in der Hand kämpfend in Weichens und Spandau aufgesperrt worden, in einen wahren Putsch verwickelt war. Durch diese Horde, die von fernem Vorposten gebildet wurde, mußten die Genossen dann unter den schrecklichsten Mißhandlungen Spitzeltruppen laufen, bis sie zu dem ihnen als Quartier angewiesenen Stall für ankommende kranke Pferde gelangten. Mehrere brachen hier bei ohnmächtig zusammen. Das durch einen Querschnitt unterirdische Verlangen dieser Genossen, übernommen zu werden, blieb erfolglos.

Mit welcher Umsicht die Verhaftungen vorgenommen sind, geht übrigens schon daraus hervor, daß sich unter den Verschleppten zwei bürgerliche Herren, namens Fuchs und Guitmann befinden, deren ganzes Verbrechen darin bestand, daß sie denselben Namen führen wie zwei von der Spitzelbanderschaft gefaschte Kommunisten.

Wir verlangen die sofortige exemplarische Bestrafung aller Schuldigen und die unverzügliche Freilassung der beiden auch in Haft gehaltenen Kassen Schneider und Waldeck.

Entlassung von Kapp-Schuldigen.

Aus Breslau wird gemeldet, daß der gegen den Kommandeur der Gieslauer Sicherheitswehr ergangene Disziplinarbefehl am Sonntag aufgehoben worden ist. Damit ist die letzte Verurteilung, die wegen Beteiligung an dem Kapp-Putsch vorgenommen war, rückgängig gemacht worden. Infolgedessen herrscht in Breslau erhebliche Erregung unter der Bevölkerung.

Wenn durch solche Maßnahmen die Justizbehörden die Bestrafung der Schuldigen zu verhindern suchen, so müssen die betreffenden Personen sofort von ihrem Amte zurückgezogen werden.

Die Opposition in der Sicherheitswehr.

Es stellt sich immer mehr heraus, daß auch die Sicherheitswehr systematisch dazu vorbereitet worden ist, um nicht etwa eine Polizeigruppe aus ihr zu machen, sondern eine Kampftruppe, die im geeigneten Moment für die Gegenrevolution in Aktion zu treten hätte. Nicht nur durch die Auswahl der Offiziere wurde dieser Zweck erreicht, sondern auch durch streng militärischen Drill, während die notwendige politische Ausbildung fast gar nicht gepflegt wurde. Selbst die wirtschaftliche Organisation der Sicherheitswehr diente dazu, um selbständige Bewegungen der Mannschaften zu unterdrücken. In dem Wirtschaftsverband der Sicherheitswehr wurden auch Offiziere als Mitglieder aufgenommen, und genau so wie in den gelben Gewerkschaften, wo neben Arbeitern und Angestellten auch Unternehmern sitzen, und letztere ihren großen Einfluß ausüben, spielen in dem Wirtschaftsverband die Offiziere die erste Rolle.

Diese Feststellung wurde auch in einer Versammlung von Sicherheitswehroffizieren gemacht, die Sonntag vormittag im „Kasernen“, in der Kintalsstraße 11, zusammenkamen, um gegen die Vorgänge in der Sicherheitswehr und auch gegen den Wirtschaftsverband Stellung zu nehmen. Es wurde von den Einberufenen der Vorschlag gemacht, einen Zentralverband der Sicherheitswehr zu gründen, der auf streng gewerkschaftlicher Grundlage zu stellen sei. Dieser Verband soll nicht unbedingt in Kampfstellung zu dem Wirtschaftsverband treten, sondern, wenn dieser das Programm des Zentralverbandes anerkennt, sei eine Verständigung möglich. In diesem Programm wird vor allen Dingen verlangt, daß Offiziere und Oberbeamte dem Zentralverband nicht angehören dürfen. Ferner will der Verband, daß in Deutschland keine reaktionäre Polizei, sondern eine auf republikanischem Boden stehende Polizei geschaffen wird.

Nach einleitenden Worten des ehemaligen Wachmeisteres Friedrich Schlichte übernahm der Kommandeur der Sicherheitswehr, die einer Anregung des berüchtigten Hauptmanns Fuchs entsprang, und dann von Geheimrat Doyé in eine feste Form gebracht wurde. Wie dieser Redner bemerkte, ist nach dem Putsch in den Kasernen der Sicherheitswehr außerordentlich viele Telegramme und Telephongespräche angekommen, worin die Offiziere zum Ausdruck brachten, daß die Sicherheitswehr sich hinter die Regierung Kapp-Lüttich zu stellen habe. Es sei falsch gewesen, daß die Sicherheitswehr sich neutral erklärt habe, sie mußte mit den Waffen gegen Kapp-Lüttich und die Bolschewisten kämpfen.

Major Wurm, der dem republikanischen Führerband angehört, aber nicht offiziell als dessen Vertreter erschienen war, gab dann ein Bild von dem Verhalten des Offizierskorps, Offiziere mit republikanischer Gesinnung aus der Sicherheitswehr hinauszudrängen. Er selbst sei als Republikaner dem übrigen Offizierskorps verhaftet gewesen und infolgedessen nach Mitteleuropa in eine Gruppe der reaktionärsten Offiziere verlegt worden. Seiner Ansicht nach sei die Sicherheitspolizei nicht dazu gegründet worden, um für Ruhe, Ordnung und Sicherheit einzutreten, sondern die Nachhaken wollten den reaktionären Offizieren eine Stellung und lohnendes Brot geben. Für die Reorganisation der Sicherheitspolizei sei es notwendig, daß einige Hunderttausend aufgestellt werden, in die die entlassenen, auf dem Boden der Republik stehenden Mannschaften wieder eingestellt würden, vermisch mit organisierten Arbeitern, die militärisch gut geschult seien. Ihre Bekleidung müssen sie aber nicht allem vom Ministerium, sondern auch von den Gewerkschaften und der Parteileitung erhalten.

Genosse Friedrich Schmidt von der Kommission der freien Gewerkschaften im Reichstag gab Einzelheiten über die Tätigkeit dieser Kommission, die sich mit der Reorganisation der Sicherheitspolizei befaßt. Im Laufe dieser Woche dürfte die Reorganisation der Sicherheitspolizei erfolgen, die Beamten sollten sich zu diesem Zeitpunkt bereit halten. Am dem Abschließen der Arbeiter im Ruhrgebiet Einhalt zu tun, sei am Sonnabend eine Kommission nach Münster gefahren, um dort mit dem Stabschef der Reichswehr in Fühlung zu treten. Im Ruhrgebiet haben 20 000 Arbeiter sehr gut ausgerüstet unter Waffen, denen 150 000 Mann als Reserve zur Verfügung stehen.

Der Generalsekretär des Zentralverbandes der Polizeibeamten Dr. Franke erklärte, daß der Zentralverband damals, als die Reorganisation der Sicherheitspolizei erfolgte, sofort seine warnende Stimme erhoben habe. Die Unterbeamten würden wie die Schwestern bezahlt, während die Oberbeamten, Wächter erhielten, wie die Geheimen Regierungsräte.

Den Ansprüchen, die alle mit starkem Beifall aufgenommen wurden, folgte eine längere Diskussion. Der Redakteur Feigenstein vom Wirtschaftsverband suchte diesen zu verteidigen und warnte vor einer Verpönderung der Organisation, ließ aber allseitig auf heftigen Widerspruch. Zwei Redner hatten Bedenken, daß die jetzt noch bei der Sicherheitswehr verbliebenen Mannschaften durch den Beschluß der Gewerkschaften zum großen Teil bittlos gemacht würden. Dem wurde entgegengehalten, daß ja nur diejenigen, die ihre reaktionäre Gesinnung zu erkennen gegeben haben, ausgeschieden werden sollen. Die übrigen Redner unterstrichen rechtlich die Ausführungen der Hauptredner. Es kam dabei noch zur Sprache, daß diejenigen, die nicht für Kapp-Lüttich waren, mit der Todesstrafe bedroht worden seien. Den anderen, die sich für Kapp-Lüttich einsetzten, wurde Beförderung und eine besondere Weidenschildigung in Aussicht gestellt. In Verhandlungen, die mit Major von Preisdorf im preussischen Ministerium des Innern gepflogen wurden, wurde erreicht, daß diese Belohnung der „Kapp-Reute“ unterbleibe. Aber auch über Major von Preisdorf konnte man die Meinung hören, daß er mehr zu den reaktionären Offizieren halle. Von einigen Rednern wurde mitgeteilt, daß man diesen Offizieren sehr deutlich zu erkennen gegeben habe, daß sie das Vertrauen der Mannschaften nicht mehr besitzen; aber trotzdem sind diese Offiziere heute noch auf ihrem Posten und geben nicht die Konsequenzen. Es ist deshalb notwendig, daß die Regierung sich sofort und fest zuhält, um diese Elemente aus der Sicherheitswehr zu entfernen. Die Mannschaften, die das immer wieder betont, wollen eine Truppe bilden, die das Vertrauen der Bevölkerung genießt. Das kann nur eine Polizei sein, die einen Aufbau im Sinne der Gewerkschaftsarbeit erhält.

Nach der Diskussion wurde gegen eine Stimme die Gründung des Zentralverbandes der Sicherheitswehren Deutschlands beschlossen; er wird mit dem Wirtschaftsverband zusammenarbeiten, wenn die Offiziere aus diesem Verbande ausgeschieden werden. Außerdem nimmt der neue Verband die Arbeitergemeinschaft mit dem republikanischen Führerbande und dem Reichsverband der Polizeibeamten auf.

Als Vorsitzender wurde Kapp gewählt. Die nächste Versammlung findet am Mittwoch, den 21. d. M., in beweisenden Sozial Hall.

